



DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

# **Befürchtete Gefahren der Zuwanderung – nur ein Horrorszenario?**

von

*Hans-Dieter Schwind*

Dokument aus der

**Internetdokumentation Deutscher Präventionstag**  
**[www.praeventionstag.de](http://www.praeventionstag.de)**

**Hrsg. von**

*Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks*

im Auftrag der

Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe

(DVS)

---

Zur Zitation:

Schwind, H.-D. (2003): Befürchtete Gefahren der Zuwanderung – nur ein Horrorszenario? **In:** Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover.

[http://www.praeventionstag.de/content/8\\_praev/doku/schwind/index\\_8\\_schwind.html](http://www.praeventionstag.de/content/8_praev/doku/schwind/index_8_schwind.html)

## Befürchtete Gefahren der Zuwanderung – nur ein Horrorszenario ?

12 Thesen zur Zuwanderung aus kriminologischer Sicht  
von Univ.-Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind/ Osnabrück<sup>1</sup>

In den Reden des heutigen Vormittags wurde genügend beschrieben, worum es auf dem 8. Deutschen Präventionstag geht: um die Themen  
Migration – Integration – Prävention

Meine 12 Thesen bürsten etwas gegen den Strich der öffentlich geduldeten Meinung, und zwar aus kriminologischer Sicht. Sie werden wahrscheinlich nicht jedem gefallen, aber sollen zum Nachdenken über Realitäten anregen, die in unserer Gesellschaft noch immer zu den Tabuthemen zählen.

1.) Worum geht es?

Es geht (einerseits) um die Integration von etwa 7,3 Millionen Nichtdeutschen, die bereits bei uns leben und es geht (andererseits) um die Frage, wie viel Zuwanderung unser Land noch verträgt.

Oder brauchen wir sogar Zuwanderung aus demographischen Gründen?

Zurzeit kommen pro Jahr rund 250 000 Migranten zu uns: primär Asylbewerber bzw. Wirtschaftsflüchtlinge, aber auch Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler sowie solche Migranten, die im Rahmen der Familienzusammenführung zureisen dürfen: hinzu sind noch geschätzte 50 000 bis 100 000 Personen zu zählen, die jährlich illegal zuwandern. Addiert sind das jedes Jahr etwa 300 000 Menschen; das sind mehr als Osnabrück zusammen mit Oldenburg Einwohner hat.

Aus demographischen Gründen sollen nun (so wird von Bevölkerungswissenschaftlern gefordert) bis 2050 jährlich noch weitere 200 000 bis 300 000 und ab 2050 sogar jährlich 500 000 Migranten hinzukommen; das sind zusammengezählt mit den derzeitigen Zuwanderungszahlen bis 2050 immerhin jedes Jahr eine halbe Million (soviel wie Leipzig Einwohner hat) und ab 2050 pro Jahr sogar über eine Million.

Eine Horrorvision? Natürlich wird man die Abwanderungen abziehen müssen. Aber unter dem Strich verbleibt eine gewaltige Integrationsaufgabe. Oder wird diese vor dem Hintergrund der Zukunftsvisionen ad absurdum geführt?

Zunächst: Was ist unter **Integration** überhaupt zu verstehen?

Wenn man von der bekannten Begriffsbestimmung von Quaritsch (1981) ausgeht, ist „Integration erreicht bei Zufriedenheit mit der eigenen Situation – aber nicht nur bei den Zuwanderern, sondern auch bei den Eingesessenen“.

Über die fehlende Zufriedenheit bei den Zuwanderern ist schon viel geschrieben und diskutiert worden. Meine 12 Thesen befassen sich hingegen mit der **Zufriedenheit bei den Eingesessenen**, ohne die (und das wird oft übersehen) eine sozialverträgliche Eingliederung der Zuwanderer kaum möglich erscheint. Die Integration ist soweit ein Thema des inneren Friedens, und zwar vor allem in den **Großstadtkommunen** in denen die meisten Migranten und ihre Nachkommen leben bzw. in die die meisten zuwandernden Nichtdeutschen auch zukünftig vermutlich zuwandern wollen.

---

<sup>1</sup> Niedersächsischer Minister der Justiz a. D.; Vorsitzender der früheren „Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“ (Anti – Gewaltkommission)

2.) Den Ausgangspunkt meiner Thesen bilden zwei Postulate der „Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt“ (Anti-Gewaltkommission), die im Vorschlag Nr. 56 (auf S. 198 ihres Endgutachtens) wie folgt formuliert hat:

„Die **Angebote zur Integration** der hier lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien sowie der Ausländer, die im Rahmen der europäischen Verträge oder als Asylberechtigte in die Bundesrepublik kommen, sind weiter **zu verstärken**.

Jugendliche und junge Erwachsene aus zugewanderten Bevölkerungsgruppen sind an den Ausbildungs- und Beschäftigungsprogrammen zu beteiligen. Für zugewanderte Bevölkerungsgruppen sollten zusätzliche Möglichkeiten der Kommunikation und Partizipation geschaffen werden.

Dies wird jedoch langfristig nur erfolgreich sein, wenn gleichzeitig ein weiterer **Zuzug** ausländischer Bevölkerungsgruppen **eindeutig begrenzt** wird. Ein unkontrollierter Zustrom würde die Interventionsfähigkeit der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland rasch überfordern.“

3.) Diese Sätze sind vor rund 13 Jahren einstimmig in der überparteilichen und interdisziplinär zusammengesetzten Regierungskommission verabschiedet und von allen Bundestags – Parteien grundsätzlich begrüßt worden – **getan hat sich in den neunziger Jahren gleichwohl fast nichts**. Nein, das ist ungerecht. Es gab verschiedene Initiativen; diese bezogen sich aber auf jeweils nur begrenzte Personengruppen. Insgesamt betrachtet sind die (sozialen) Probleme der Zuwanderung jedenfalls nicht kleiner geworden, sondern entwickeln sich immer mehr zu einem gravierenden Zukunftsproblem, vielleicht sogar zu einer **Schicksalsfrage** unseres Landes. Denn die Deutschen könnten bis zum Ende des begonnenen neuen Jahrhunderts um eigenen Land zu einer Minderheit werden mit irreversiblen Konsequenzen für unsere Kultur. Oder ist das keine „Horrorvision“? Auch unter Ihnen gibt es sicherlich (auch solche) Zuhörer, die sich schmerzlos mit einer solchen Entwicklung abfinden könnten: die Mehrheit denkt vielleicht anders.

Die folgenden Thesen beziehen sich auf die derzeitige Ausgangssituation.

**These 1:** Die (neue) Zuwanderungsdebatte, die in ein (umstrittenes) Zuwanderungsgesetz einmündete, ist Ende der neunziger Jahre durch Prognosen von Bevölkerungswissenschaftlern ausgelöst worden und wird seither primär unter wirtschaftlichen Aspekten geführt. Kriminalpolitische Überlegungen gehörten in diesem Zusammenhang eher zu den Tabuthemen.

**Kommentar:** Bevölkerungswissenschaftler haben errechnet, dass sich die Bevölkerung Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten dramatisch vermindert, nämlich von 82 Millionen auf 68 Millionen bis zum Jahre 2040.

Vor diesem Hintergrund werden von Arbeitgebern zunehmend Engpässe im personellen Bereich des Arbeitsmarktes erwartet. Entsprechende Prognosen stehen jedoch, wie alle Vorhersagen, unter dem Vorbehalt, dass ihre Voraussetzungen in 30 bis 40 Jahren immer noch stimmen. So ist zwar zu vermuten, dass die Zahl der Deutschen in Zukunft drastisch abnehmen wird, weil hierzulande zu wenig Kinder zur Welt kommen. Schrumpfen wird im Computerzeitalter aber vermutlich auch die Zahl der Arbeitsplätze (z.B. durch den Export von Arbeitsplätzen oder durch Rationalisierungsmaßnahmen), wie die Entwicklung der letzten Jahre auf dem deutschen Arbeitsmarkt bis hin zur Massenarbeitslosigkeit deutlich gezeigt hat.

Wie dieser Schrumpfungsprozess verlaufen wird, kann ein seriöser Bevölkerungswissenschaftler jedenfalls nicht voraussagen. Prognosen sind oft so unsicher wie der Wetterbericht. Dazu der bekannte Schriftsteller Mark Twain: „Man soll Voraussagen unbedingt meiden, besonders solche über die Zukunft“. Der STERN hat Vorhersagen zur Entwicklung von Bevölkerungszahlen vor einigen Jahren in die Zukunft verlängert mit dem Ergebnis, dass es im Jahre 2240 keinen einzigen Deutschen mehr gibt. Man kann daraus lernen, dass alle Langzeitprognosen unsicher sind. Ich komme auf das Problem bei meiner 11. These wieder zurück.

**These 2:** Sozialschädliches bzw. kriminelles Verhalten zugewanderter Ausländer bzw. von deren Nachkommen lässt sich nicht wegzudiskutieren, auch nicht mit Hilfe von Verzerrungsfaktoren, die man allerdings nicht ausblenden darf.

**Kommentar:** Nach der PKS (2001, 74 ff) betrug der Ausländeranteil (bezogen auf das ganze Bundesgebiet) 24,9 %, und zwar bei einem Bevölkerungsanteil von nur rund 9 %. Zieht man die ausländerspezifischen Straftaten ab(d.h. die Handlungsweisen die nach dem Ausländergesetz und Asylverfahrensgesetz mit Strafe bedroht sind), bleiben 19,3 % übrig. Bei diesen Straftaten handelt es sich keineswegs nur um Bagatelldelikte, wie Ignoranten mitunter verbreiten. Kaum jemand weiß (weil sich die Medien dabei zurückhalten), dass jede dritte Gewalttat einem nichtdeutschen Tatverdächtigen zur Last gelegt werden muss.

Plausibel erscheint, dass die höhere Kriminalitätsbelastung der Zuwanderer und ihrer Nachkommen z.T. auf solche Faktoren zurückgeführt werden muss, die auch bei Deutschen kriminalitätsrelevant sind, etwa

- altersspezifische Unterschiede zur deutschen Vergleichsbevölkerung,
- schichtspezifische Unterschiede,
- geschlechtsspezifische Unterschiede,
- erziehungsbedingte Unterschiede oder
- wohnortbedingte Unterschiede.

Gleichwohl muss vor Missverständnissen gewarnt werden: Die teilweise Erklärbarkeit der Phänomene beseitigt sie grundsätzlich nicht. Sie zu unterschätzen wäre ein schwerer kriminalpolitischer Fehler, weil dann die Konsequenzen leicht darin bestehen, auf Integrationsanstrengungen zu verzichten. Eher sollten die Alarmglocken schrillen, wenn man erfährt, dass der Anteil der nichtdeutschen Strafgefangenen in den Jugendstrafanstalten zwischen 20 und 40 % schwankt; in den Strafanstalten für Erwachsene sitzen z.T. Strafgefangene aus über 40 Staaten der Welt ein.

**These 3:** Es muss jedoch davor gewarnt werden, Ausländer generell mit Kriminalität in Verbindung zu bringen. Nicht jeder Ausländer ist ein potentieller Straftäter: die große Mehrheit der Zugewanderten verhält sich straffrei. Außerdem bilden „die“ Ausländer keine homogene Gruppe.

**Kommentar:** Sorgen machen aus kriminalpolitischer Sicht vor allem fünf Gruppen:

- erstens: die „Zweite“ und „Dritte“ Generation (nämlich die Kinder und Enkel der ab Mitte der 50er Jahre aus den Mittelmeerländern angeworbenen „Gastarbeiter“, deren Integration in Deutschland zu einem erheblichen Teil nicht gelang;
- zweitens: die seit Ende der 80er Jahre zugewanderten Asylbewerber bzw. Wirtschaftsflüchtlinge, und zwar primär solche aus Osteuropa und Dritte-Welt-Ländern, die im Gegensatz zu den Gastarbeitern nicht ins Land geholt wurden, sondern von selbst kamen und meist über keine Arbeitsstelle verfügen;
- drittens: politisch aktive ausländische Extremistengruppen: vor allem Palästinenser, Iraner, Iraker, Tamilen, Türken und Kurden;
- viertens: die Kinder (bzw. Jugendlichen) der in den letzten Jahren zugewanderten (Spät-)Aussiedler
- fünftens: „Touristen“, die (für bis zu drei Monate) z.B. aus Polen ins Bundesgebiet einreisen, um mit Straftaten oder mit Prostitution „schnelles“ Geld zu machen;

Hinzu kommt schließlich noch die schon erwähnte Mischgruppe aus Nichtdeutschen, die sich illegal in Deutschland aufhalten: illegal Zugereiste oder abgelehnte Asylbewerber, die in die Illegalität abgetaucht sind. Von den Illegalen fielen 2001 insgesamt 122.583 als Tatverdächtige auf. Das heißt, jeder 5. nichtdeutsche Tatverdächtige (21,6 %) wurde aus den Kreisen der Illegalen ermittelt.

Nicht zuletzt sind noch Tatverdächtige osteuropäischer Einbrecher- und Raubtäterbanden, vornehmlich aus Serbien, Albanien und Rumänien zu erwähnen, die Tageseinbrüche sowie (mit bisher unbekannter Brutalität) sog. Blitzüberfälle durchführen: d.h. solche, die nur wenige Minuten andauern.

**These 4:** Ausländerkriminalität gehört nach wie vor zu den Tabu-Themen unserer Gesellschaft – frei nach dem Motto von Christian Morgenstern: dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

**Kommentar:** Selbst die Medien halten sich in ihrer Berichterstattung über die kriminelle Auffälligkeit von Ausländern eher zurück; man kann nur mancher Täterbeschreibung entnehmen, dass es sich um Ausländer handelt: Vorname, „südländischer Akzent“ usw.

Wer sich als Einzelperson über die derzeitige eher liberale Zuwanderungspolitik kritisch äußert, weil sie ihm wegen der Folgen Sorgen bereitet, muss damit rechnen, selbst als „Ausländerfeind“ am **Pranger** zu stehen. So ist unter der Decke ein Schwelbrand entstanden, der nicht zuletzt den Nährboden für rechtsradikale Ansichten bildet. Ein Blick über die Grenzen bestätigt das Bild.

**These 5:** Ausländerfeindlichkeit wird mit oft mit Bedrohtheitsgefühlen verwechselt. Aus Bedrohtheitsgefühlen kann sich jedoch, wenn man diese nicht ernst nimmt, Ausländerfeindlichkeit entwickeln und aus Ausländerfeindlichkeit Hass und Gewalt.

**Kommentar:** Wovor fürchten sich Deutsche? Angst macht schon heute vor allem die große Zahl der erkennbaren Fremden, die das Straßenbild mancher Stadt bereits prägen bzw. zu prägen beginnen.

Angst macht auch der Gedanke, das soziale Netz könnte (nicht nur durch den Asylmissbrauch) reißen. Zu diesem Ergebnis ist nicht nur eine Shell-Studie gelangt, sondern auch die Synode der EKD.

Angst macht ferner die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem junge Menschen befürchten, wie ebenfalls Umfragen zeigen, um die eigenen Zukunftsperspektiven. Dass Ausländer auch zum Bruttosozialprodukt beitragen, wird oft verdrängt. Die persönliche Betroffenheit spielt eine größere Rolle. So arbeiten z.B. schon heute zahlreiche Osteuropäer etwa auf ostdeutschen Baustellen illegal oder legal mehr oder weniger zu Dumpingpreisen, während die deutschen Bauarbeiter arbeitslos sind. Das schafft Frust, Unruhe, die bis zur Wut reicht.

Angst machen nicht zuletzt auch andere Verhaltensweisen und Sitten, die sozial abweichend wirken: bis hin zu kriminellm Verhalten. Polizeibeamte werden, wenn sie dienstlich mit Ausländern in Kontakt kommen, nicht selten bespuckt und als „Nazischweine“ beschimpft. Oder sind meine Informationen nicht richtig?



**These 6:** Zumindest ein Teil der Bevölkerung fühlt sich auch durch die ständig wiederholten moralischen Imperative zum Umgang mit Fremden überfordert und wohl auch provoziert: etwa durch Lichterketten, Medienappelle, Plakatationen (den „Aufstand der Anständigen“).

**Kommentar:** Dazu heißt es an anderer Stelle (Brockhaus 1994, 4): Wie wirkt sich aus, wenn man ständig hört: „Es gibt keine Unterschiede, und wenn es sie gibt, dann freuen wir uns daran. Wir profitieren von der Kultur der Fremden, wir lernen von ihrer Lebenskunst. Wir sollen uns in der U-Bahn neben die Schwarzen setzen, Asylbewerber ins Haus einladen, wir sollen uns einfühlen in die fremde Kultur, wir dürfen nicht unsere eigenen Maßstäbe auf sie übertragen, wir müssen uns schämen, dass wir auf Kosten der Dritten Welt leben.“

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob ausländerfreundliche Aufrufe, durch die zweifellos den gewalttätigen Ausländerhassern gegenüber ein Zeichen gesetzt wird, zugleich Boomerang-Effekte auslösen können. Etwa derart, dass die Gewalttäter Omnipotenzgefühle entwickeln, zusammenrücken und neue Aktionen ausbrüten. Wenn man in eine Glut hineinbläst, muss man jedenfalls auch damit rechnen, dass das Feuer nicht ausgeht, sondern lodernde Flammen entstehen.

**These 7:** Die erhoffte multikulturelle Gesellschaft ist eine Utopie; eine solche Form friedlicher Koexistenz funktioniert nur unter den Bedingungen von Arbeitslosigkeit und Ghetto-Problemen vor dem Hintergrund kultureller Unterschiede auf Dauer in der ganzen Welt (bisher) grundsätzlich nicht. Der Ansatz kann deshalb nicht stimmen.

**Kommentar:** Eher als ein Erfolg der Konzeption der multikulturellen Gesellschaft besteht die Gefahr, dass sich Mosaik- bzw. Parallelgesellschaften bilden. Neben der christlich geprägten abendländischen etwa eine solche, die der Islam mit seiner z.T. ganz anderen Wertorientierung dominiert. Die religiöse Bindung gläubiger Islamanhänger erweist sich, wie Beispiele zeigen jedenfalls als mitunter stärker als die Loyalität unserem Staat gegenüber; daran ändert auch eine Einbürgerung bzw. der deutsche Pass wenig.

So ist zu erwarten, dass sich Einflüsse von außen auch auf die deutsche Politik auswirken werden. Damit ist nicht nur gemeint, dass Moslems keine „C“-Parteien gern wählen, sondern die Gefahr ferngesteuerter Aktivitäten bis hin zu terroristischen Anschlägen, vor denen auch das Bundesamt für Verfassungsschutz ausdrücklich warnt. Auf der anderen Seite muss man sich hüten in jedem Ausländer (etwa aus arabischen Staaten) einen potentiellen Terroristen zu sehen.

**These 8:** Die Alternative zum unrealistischen Traum einer multikulturellen Gesellschaft besteht in verstärkter Integrationspolitik, durch die wahrscheinlich auch Bedrohtheitsgefühle abgebaut werden.

**Kommentar:** Wenn man von der schon erwähnten Begriffbestimmung von Quaritsch ausgeht, ist Integration erreicht „bei Zufriedenheit mit der eigenen Situation – aber nicht nur bei den Zuwanderern sondern auch bei den Eingesessenen.“

Integration ist deshalb durch bloße Einbürgerung nicht zu erreichen: der deutsche Pass allein reicht nicht aus. Integration wird eher durch die Beseitigung sozialer Mängelagen erleichtert: durch Ausbildung, Arbeit, Kommunikation und erträgliche Wohnverhältnisse. Integration kann auch nicht funktionieren, wenn Zuwanderer die deutsche Sprache gar nicht oder zu wenig beherrschen. Die Sprache ist der Schlüssel für die Integration.

Was geschieht, wenn man zu wenig tut, kann man nicht nur an den Entwicklungen in manchen deutschen Großstädten mit Ghetto-Problematik ablesen, sondern auch an entsprechenden Entwicklungen in Frankreich und England. So titelte zutreffend die Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ) in ihrer Ausgabe vom 31. Dez. 2001: „Unter der Oberfläche der Gesellschaft brodelt es – Hass und Gewalt beherrschen Frankreichs Vorstädte.“

**These 9:** Deutschland kann nur so viele Ausländer aufnehmen, wie integriert werden können; sonst werden gewachsene Bevölkerungsstrukturen zerstört mit unabsehbaren Folgen für die Zukunft unseres Landes.

**Kommentar:** Der frühere Bundespräsident Herzog hat am 21. September 1995 in Friedland vor einer „das Boot-ist-voll-Mentalität“ gewarnt, dabei jedoch übersehen, dass zumindest die Grenzen der Integrationsfähigkeit schon längst überschritten wurden. Das hat hingegen der amtierende Bundesinnenminister (Schily) erkannt; dieser hat am 15. Dezember 1999 erklärt, „wer jedes Jahr 200 000 Zuwanderer zusätzlich aufnehmen (wolle), der (solle) ihm die Bundesländer und Gemeinden nennen, die das verkraften können.“ Manche Gemeinden haben schon heute mehr ausländische Mitbürger als deutsche. Auch in Schulklassen sitzen oft mehr Kinder von Ausländern als Deutsche. Die PISA-II-Studie hat dazu gezeigt, dass die negativen Bewertungen auch mit diesem Phänomen zu tun gehabt haben dürften. Das Lerntempo der Klasse wird vermindert, die Schulabgänger (nichtdeutsche, aber auch deutsche) finden wegen mangelnder Schreib- und Rechenkenntnisse keine Lehrstelle mehr.

**These 10:** Zur Begrenzungs politik gehört nicht zuletzt die konsequente Abschiebung von Straftätern, nicht anerkannten Asylbewerbern und illegal nach Deutschland eingesickerten Personen.

**Kommentar:** Als Asylberechtigte werden nur rund 5 % (2001: 5,3 %) der Personen anerkannt, die Asyl beantragen. 15 % bis 30 % der abgelehnten Asylbewerber, die von der Abschiebung bedroht sind, „tauchen ab“ und leben dort – wie auch die illegalen Zuwanderer - von Schwarzarbeit oder „härterer Kriminalität“ (so die Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage).

Von den illegal zugereisten Personen konnten 2001 lediglich 28 560 Nichtdeutsche aufgegriffen werden. Die Zahl der Personen, denen die illegale Einreise gelingt, dürfte jedoch um ein Mehrfaches höher liegen. So gilt bei Insidern die Regel: „von fünf Flüchtlingen wird nur einer geschnappt.“ (SPIEGEL 40/1998, 190); vorsichtigere Schätzungen (z.B. des Instituts für Migrationsforschung in Osnabrück) gehen von der Annahme aus, dass „auf einen Aufgriff zwei weitere nicht entdeckte, d.h. erfolgreiche Grenzüberschreitungen kommen“: one is caught, two pass! Nach dieser Schätzungsgrundlage sickern pro Jahr nach Deutschland rund 100 000 Personen ein und in die (derzeitige EU) über 700 000.

Vor diesem Hintergrund stellt sich nicht zuletzt auch die Frage, wie man mit Schleusern umgehen soll. Als Rechtsfolge für diesen Personenkreis sollte, wenn die Aktivitäten berufsmäßig organisiert durchgeführt werden, die Sicherheitsverwahrung (SV) in Betracht kommen. Die Strafandrohungen des Ausländergesetzes reichen offensichtlich zur Abschreckung nicht hinreichend aus.

**These 11:** Neue Probleme stehen mit der EU-Erweiterung bevor, die nach Expertenmeinung eine neue „Völkerwanderung“ (vor allem nach Deutschland) auslösen wird, und zwar auch mit erheblichen Folgen für das Kriminalitätslagebild. Wir werden bald neue Gefängnisse brauchen.

**Kommentar:** In seiner Ausgabe Nr. 25/2002 fragt das Nachrichten-Magazin Der SPIEGEL: „Muss sich der Westen vor einem neuen Tatarensturm fürchten?“. Den Hintergrund dieser Frage bilden Schätzungen z.B. des bekannten ifo - Instituts, die von 4-5 Millionen Jobsuchern ausgehen, die in den nächsten 5 Jahren „gen Elbe und Rhein ziehen werden“.

Das Osnabrücker Institut für Migrationsforschung schätzt, dass zumindest etwa 700 000 „mental auf gepackten Koffern“ sitzen; die EU-Kommission geht sogar von nur 300 000 aus. Keine dieser Annahmen berücksichtigt jedoch, dass außer potentiellen Arbeitsmigranten auch zahlreiche Personen in den Raum der alten EU hereinströmen werden, die mehr an der Sozialhilfe interessiert sind: Bettler, Penner, Kriminelle, Prostituierte. Ihre Zahl ist kaum abzuschätzen. Sie dürfte jedoch in dem Bereich einer mindestens fünfstelligen Zahl liegen; mehr spricht dafür, dass es mehr werden, weil die Versuchung, das Wohlstandsgefälle von der anderen Seite her zu betrachten gerade für die existentiell gescheiterten Menschen vermutlich Magnetkraft besitzt.

Ihr Hauptstrom ist in Deutschland zu erwarten, weil hierzulande bereits viele Verwandte und Bekannte zu Haus sind, die den ersehnten Brückenknopf bilden für eine mögliche „Kettenimmigration“.

**These 12:** Das Zuwanderungsgesetz i.d.F. vom 22. März 2002, das die derzeitige Bundesregierung am 13. März 2003 unverändert erneut in den Deutschen Bundestag zur Verabschiedung eingebracht hat, bedarf einer inhaltlichen Korrektur.

**Kommentar:** Wenn man ohne Schaden für das Gemeinwesen nur so viele Zuwanderer aufnehmen darf wie integriert werden können, dann stellt sich die Frage, welche Integrationsleistung einem Land zumutbar sind bzw. auf welche Weise der Zustrom begrenzt werden kann.

Das Zuwanderungsgesetz will beide Politikfelder regeln. Der Ansatz, die Integration zu verstärken, ist richtig und auch wenig umstritten; die sog. „nachholende Integration“ wird allerdings grundsätzlich nicht angesprochen, was zu den Mängeln des Gesetzes gehört. Schwierig wird die Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel werden, die (vor allem für Arbeits- und Ausbildungsplätze) notwendig sind. Was man konkret tun kann, wird auf dem 8. Deutschen Präventionstag gezeigt. Aber auch hier gilt: „Ohne Moos nix los“.

Schließlich ist zu befürchten, dass die für den Erfolg der Integrationspolitik notwendige energische Begrenzungs politik in einem faulen Kompromiss der Bundestagsparteien enden wird.

Um das zu vermeiden, sollte Orientierungspunkt der Beratungen im Deutschen Bundestag die Leitlinie einer sozialverträglichen Zuwanderung sein. Insoweit muss auch berücksichtigt werden, dass die Erweiterung der EU weitere Zuwanderungsströme auslösen wird.